

Presseschau vom 03.04.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dannews, lug-info.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, luginfo, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der "Alternativen Presseschau"

Außer der Reihe – Lesetipps:

Paul Linke: Kampf gegen "russische Fake News": Schmuddel-Sputnik will Europäer vom Händewaschen abhalten

Das "Flaggschiff" der EU im Kampf gegen russische Desinformation, die "East StratCom Task Force", übertrifft sich wieder selbst. Sie hat die neuesten Russen-Fake News enttarnt. Vorsicht: Sputnik ruft die Europäer dazu auf, sich nicht die Hände zu waschen! https://sptnkne.ws/BUXV

de.sputniknews.com: **Von "Finanz-Haien" verwundet: Das Gesundheitssystem und Covid-19 – Experte**

Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen in Deutschland und Europa haben nicht erst seit der Corona-Pandemie ihr Limit erreicht. "Management-Fehler und Klinik-Übernahmen durch Investoren sind nur einige der Probleme", so das Urteil des Wirtschaftsexperten Werner Rügemer im Sputnik-Gespräch. Tiefere Ursachen der Krise liegen im Finanzsystem. https://sptnkne.ws/BVfA

deutsch.rt.com: "Halten sich noch immer für eine Herrenrasse" – Italiens Wut auf Berlin wächst

Die EU machte zu Beginn der Corona-Krise keine gute Figur. Und das ist noch schmeichelhaft formuliert. Zwar soll jetzt verlorenes Vertrauen wieder zurückgewonnen werden, doch gerade bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen droht eine

Zerreißprobe. ... https://de.rt.com/25ih

abends/nachts:

dan-news.info: Erklärung des Oberhaupts der DVR Denis Puschilin über zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 in der Republik

Sehr geehrte Bürger der Donezker Volksrepublik! Liebe Landsleute!

Auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik wurden zwei Fälle von Erkrankungen an der Coronavirusinfektion festgestellt. Wie es versprochen wurde, haben wir diese Information sofort veröffentlicht, als die Diagnose bestätigt war. Bei den Patienten verläuft die Erkrankung in einer leichten Form, ihr Leben ist nicht bedroht, sie erhalten die notwendige Behandlung.

Wir werden auch im Weiteren äußerst offen mit Ihnen sein. Nur wenn wir die Situation vollständig verstehen, uns die Wichtigkeit der strengen Einhaltung aller notwendigen Empfehlungen und Beschränkungen bewusst ist, werden wir erhebliche Folge der Verbreitung der Coronavirusinfektion vermeiden können.n

Ich versichere Ihnen, dass die Situation bezüglich der entdeckten Infektionsfälle mit dem Coronavirus vollständig unter Kontrolle ist.

Das Leben und die Gesundheit unserer Bürger ist wichtiger als alles andere. Deshalb verschärfen wir ab heute das Regime der erhöhten Bereitschaft durch eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen. Sie kommen in den Veränderungen zum Erlass "Über die Einführung eines Regimes der erhöhten Bereitschaft" zum Ausdruck.

Ich will Ihre Aufmerksamkeit auf eine dieser Maßnahmen lenken.

Jetzt müssen Bürger, die aus der RF und der LVR in die DVR einreisen, sowie die mit ihnen zusammenlebenden Personen verpflichtend 14 Tage lang das Regime der Selbstisolierung einhalten. Beim Erscheinen erster Erkältungssymptome muss man ärztliche Unterstützung nach Hause holen, ohne eine medizinische Einrichtung zu besuchen.

Im Zeitraum bis zum 17. April 2020 müssen alle Bürger, die älter als 65 Jahre sind, das Regime der Selbstisolierung einhalten, außer Personen, deren Erscheinen am Arbeitsplatz kritisch wichtig ist. (Einkaufen, Hunde ausführen etc. ist nach dem Erlass möglich; Anm. d. Übers.) Mit den Bürgern, die sich in Selbstisolierung befinden, wird eine operative Zusammenarbeit organisiert, und es wird persönliche soziale Hilfe erfolgen, unter Berücksichtigung ihrer Anfragen, die bei der Hotline eingehen.

Wir sind gezwungen, die Durchführung von Freizeit-, Kultur-, Sport- und anderen Veranstaltungen, auch in Handels- und Freizeitzentren, Parks und anderen Orten, die in großer Zahl von Bürgern besucht werden, zu verbieten. Nach 18:00 Uhr müssen alle Restaurationsbetriebe, einschließlich Cafés und Restaurants, geschlossen sein, mit Ausnahme von Abholungen und Lieferungen.

Die Bürger sind verpflichtet, an öffentlichen Orten eine soziale Distanz von mindestens einem Meter einzuhalten. Die Leiter von Staatsorganen und von Unternehmen aller Eigentumsformen sind verpflichtet, die Einhaltung der sozialen Distanz der Bürger, einschließlich der Arbeiter, zu gewährleisten.

Das Innenministerium, das Staatssicherheitsministerium und das Organ, das die staatliche sanitär-epidemiologische Aufsicht führt, sind angewiesen, Personen aufzufinden, die die Forderung der Selbstisolierung und andere Beschränkungen, die während des Regimes der erhöhten Bereitschaft gelten, nicht einhalten.

Wir bitten die Bürger nachdrücklich, während der genannten Zeit auf den Besuch religiöser Objekte zu verzichten.

Außerdem empfehlen wird den Staatsorganen, den örtlichen Verwaltungen, Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen aller Eigentumsformen, eine möglichst große Zahl von Arbeitern auf Arbeit von zu Hause aus zu überführen.

Ich bitte alle, sich aufmerksam mit dem heutigen Erlass bekannt zu machen, die Massenmedien werden ihn ausreichend breit verbreiten.

Liebe Freunde! Möglicherweise erscheinen manchem solche Schritte übermäßig und manchem umgekehrt zu weich. Ich versichere Ihnen, es wurden sehr viele Faktoren abgewogen, ehe gerade diese Entscheidung getroffen wurde.

Ich bin überzeugt, dass der besondere Vorrat von Charakterstärke und Geisteskraft, die den Einwohnern des Donbass zu eigen ist, es uns erlauben wird, erfolgreich mit dem Coronavirus fertig zu werden!

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 2. April 2020 wurden zwei Beschießungen von Seiten der BFU festgestellt.

Beschossen wurden Beresowskoje und Frunse.

Geschossen wurden mit Schützenpanzerwaffen (insgesamt 100 Schüsse). Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Russische Resolution über Abschaffung von Sanktionen im UN-Sicherheitsrat blockiert

Eine Reihe von Ländern hat im UN-Sicherheitsrat einen von Russland vorgeschlagenen Resolutionsentwurf blockiert, der unter anderem zur Abschaffung von einseitigen Sanktionen aufruft, die Staaten beim Kampf gegen das Coronavirus behindern.

Dabei geht es um die von Moskau vorgeschlagene Deklaration über die Solidarität im Kampf gegen Corona, in der die führende Rolle der Weltgesundheitsorganisation WHO im Kampf gegen die Pandemie anerkannt wird.

Weitere Schwerpunkte

Laut dem Text sind die Staaten einverstanden, miteinander und mit der WHO zusammenzuarbeiten, unter anderem um Mittel für den Kampf gegen die Ausbreitung und zur Behandlung von Covid-19 zu erarbeiten.

Das Dokument rief unter anderem dazu auf, den besonders betroffenen Ländern, vor allem Entwicklungsländern, zu helfen und auf Handelskriege und die Verhängung von einseitigen Sanktionen, die unter Umgehung des UN-Sicherheitsrates verabschiedet wurden, zu verzichten. Neben Russland sind weitere 28 Staaten Autoren dieser Deklaration.

Gegner des Papiers

"Wir bedauern, dass eine nicht große Gruppe von Staaten – Apologeten der Sanktionspolitik – nicht bereit war, dem Aufruf des UN-Generalsekretärs zu folgen, und nicht auf ihr politisiertes Vorgehen und Interessen verzichten konnte", so die Ständige Russische Vertretung bei der Uno.

Gegen die Deklaration sprachen sich die USA, die EU, Großbritannien, die Ukraine und Georgien aus.

"Im Endeffekt wird es viel schwieriger sein, eine globale und solidere Antwort auf die Gefahr einer neuen Pandemie zu geben. Eine große Menschenzahl kann betroffen sein, vor allem in den Entwicklungsländern", so die russische Seite.

Moskau möchte in schriftlicher Form die Logik und Argumente für die Blockierung dieses Projektes seitens der EU, der USA und Großbritanniens hören und sehen.

"Wir (…) wären froh, die Ukraine und Georgien von diesen Bemühungen zu befreien, weil ihre Argumente wie gewöhnlich arrogant und politisiert sind und nichts für das Verständnis der Mehrheit der Mitgliederstaaten geben."

Trotz der Blockierung des Dokumentes werde Russland die Koordinierung mit Gleichgesinnten in dieser Frage fortsetzen.

Coronavirus-Pandemie

Die Weltgesundheitsorganisation hatte am 11. März den Ausbruch des neuen Coronavirus, der die Lungenkrankheit Covid-19 auslöst, als Pandemie eingestuft.

Laut der WHO gibt es weltweit mehr als 900.000 Coronavirus-Fälle in 206 Ländern. Knapp 46.000 Menschen starben bereits.

Laut Angaben der Johns Hopkins University beläuft sich die Zahl der Coronavirus-Infizierten weltweit auf mehr als eine Million. Über 53.000 Menschen sind tot.



https://cdnde5.img.sputniknews.com/img/32678/01/326780145 0:294:3082:1960 1000x0 80 0 1 6c5d0ca6178117f808d9a1a4c9fa6f1b.jpg.webp

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 2. April 3:00 Uhr bis 3. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 25. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften:

Oserjanowka, Sajzewo, Gorlowka (Siedlung Bergwerks 6/7), Schirokaja Balka, Kaschtanowoje, Jasinowataja, Shabitschewo, Donezk (Volvo-Zentrum, Terminal, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Alexandrowka, Jasnoje, Kominternowo.

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU gestern zweimal, um 6:15 Uhr und um 10:45 Uhr das Feuer in Richtung Staromichajlowka eröffnet.

Infolge des Beschusses wurden Schäden an zehn Wohnhäuser und einem Infrastrukturobjekt festgestellt:

- Shukowsij-Straße (Stromleitung beschädigt);

- Kozjubinskij-Straße 9 und 15 (Dach);
- Shukowskij-Strßae 37 (Fensterverglasung);
- Dnjepropetrowskaja-Straße 5a (Dach);
- Perwomajskaja-Straße 23 (Fensterverglasung, Wirtschaftsgebäude);
- Krasnoflotskaja-Straße 19 (Fensterverglasung);
- Krasnoflotskaja-Straße 34 (Dach);
- Gagarin-Straße 7, Wohnung 2 (Fensterverglasung);
- Gagarin-Straße 2, Wohnung 1 (Dach);
- Gagarin-Straße 1 (Wohnung 1) (Dach).

Außerdem haben die bewaffneten Formationen der Ukraine um 6:05 Uhr Kominternowo beschossen

Infolge des Beschusses wurden Schäden an folgenden Wohnhäusern festgestellt:

- Kirow-Straße 13 (Fensterverglasung, Fassade);
- Kirow-Straße 24 (Fensterverglasung, Fassade).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht rgistriert.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 398.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 213.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Kapitän von US-Flugzeugträger wegen "Informationsleck" zur Corona-Situation an Bord entlassen

Der kommissarische Minister der Seestreitkräfte der USA, Thomas Modly, hat am Donnerstag von der Entlassung des Kapitäns des Flugzeugträgers "Theodore Roosevelt", Brett Crozier, berichtet, dessen Brief über einen Coronavirus-Ausbruch an Bord in den Massenmedien aufgetaucht war.

Auf einer Pressekonferenz sagte Modly, dass die Situation mit dem Coronavirus für den Kapitän unzumutbar war. Er sei dadurch überfordert gewesen, und die beste Lösung sei seine Entlassung gewesen.

"Es war für uns eine große Überraschung, als wir den Brief (des Kapitäns) in der Zeitung lasen (…). Der Brief hätte nicht entweichen (und in die Medien gelangen) dürfen. Er trug dafür die Verantwortung", so Modly.

Das Auftauchen derartiger Briefe in den Medien lasse den Eindruck entstehen, als würde "bei den Seestreitkräften Panik herrschen und sie keinen Ausweg aus der Situation finden können, was unwahr ist", so Modly.

Der Befehlshaber für Marineoperationen der US-Seestreitkräfte, Admiral Michael Gilday, hat seinerseits die Entscheidung über die Entlassung von Crozier unterstützt, die er floskelhaft auf einen "Vertrauensverlust" zurückführte.

In seinem Brief an das Militärkommando, der in der Zeitung "San Francisco Chronicle" erschien, hatte der Kapitän gebeten, dringende Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemie auf dem Schiff einzuleiten und 4.000 Crewmitglieder in Sicherheit zu bringen.

Gilday erklärte am Mittwoch, der Flugzeugträger bleibe weiter im Dienst. Zuvor hatte Modly mitgeteilt, dass rund 100 Menschen an Bord sich mit dem Coronavirus angesteckt hätten und die Marineführung beabsichtige, 2700 Crewmitglieder an Land zu bringen. Die meisten von ihnen sollen sich in Quarantäne begeben und in einem Hotel auf der Insel Guam untergebracht werden, schreibt das "Wall Street Journal".



https://cdnde5.img.sputniknews.com/img/32678/03/326780394 0:41:1299:744 1000x0 80 0 1 6cc837ac5234551aa6f812596b4d1cc8.jpg.webp

Dan-news.info: "In **Sajzewo**, Rybalko-Straße 212, hat eine Drohne einige Granaten abgeworfen, wovon eine auf das Dach des Hauses traf", teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

Außerdem wurde durch das Feuer der ukrainischen Truppen ein ziviles Fahrzeug beschädigt. Die Einwohner wurden aus der Beschusszone evakuiert.

de.sputniknews.com: **US-Schieferunternehmen rufen zu neuen Sanktionen gegen Russland und Saudi-Arabien auf – Medien**

Amerikanische Schieferproduzenten haben eine aggressive Lobbykampagne für die Einführung von Sanktionen gegen Saudi-Arabien und Russland begonnen, in der sie das Weiße Haus dazu aufrufen, eine Produktionsreduzierung der Erdölförderstaaten zu erzwingen. Dies berichtet die Zeitung "Financial Times" unter Berufung auf Quellen.

Die Schieferproduzenten baten demnach den ehemaligen US-Energieminister Rick Perry um Hilfe.

Um die Produktion zu schützen, ist es laut den Unternehmen notwendig, Sanktionen gegen Russland und Saudi-Arabien zu verhängen und nach Möglichkeit die Lieferungen von saudischem Öl an die größte Erdölraffinerie in Nordamerika, Motiva, die in Texas liegt und der Erdölfördergesellschaft Saudi Aramco gehört, zu stoppen.

Unter anderem wird vorgeschlagen, Zölle für Fremderdöl einzuführen sowie den Normativakt ("Jones Act") abzuschaffen, der in einigen Fällen den Öltransport mit ausländischen Tankern günstiger macht.

Plan A und Plan B

"Plan A ist, Saudi-Arabien und Russland zu einem Dialog zu zwingen und (die Erdölförderung) zu reduzieren. Aber wenn das zu viel Zeit in Anspruch nimmt oder misslingt, greift der Präsident zu Plan B – protektionistischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Hilfe für amerikanische Produzenten", so der ehemalige Berater des Weißen Hauses und nun Chef der Consultingfirma Rapidan Energy Group, Bob McNally.

Am Freitag plant US-Präsident Donald Trump ein Treffen mit Chefs von Erdölunternehmen.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie gerade mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 10:05 Uhr das Feuer aus Richtung Sajzewo Sewernoje in Richtung Sajzewo Jushnoje mit Mörsern des Kalibers 82mm und Granatwerfern eröffnet. Infolge des Beschusses wurde ein Schaden an einem Haus in der Rybalko-Straße 212 festgestellt (Dach, Fensterverglasung, Wand).

Außerdem wurde ein Auto beschädigt. Opfer unter der Zivilbevölkerung konnten vermieden werden. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Im Auftrag von Putin: Russland schickt Ärzte und medizinische Ausrüstung nach Serbien

Im Auftrag des russischen Präsidenten Wladimir Putin wird eine Fliegergruppe zur Gewährleistung von Hilfe für Serbien im Kampf gegen das Coronavirus aufgestellt. Am Freitag sollen die ersten Hilfsgüter geliefert werden, teilte Russlands Verteidigungsministerium mit.

Der russische Staatschef Wladimir Putin und der Verteidigungsminister Sergej Schoigu gaben demnach den Auftrag, eine Fliegergruppe für die operative Lieferung von Hilfe für Serbien im Kampf gegen das Coronavirus einzurichten.

Ergänzung vom Nachmittag: Das erste Flugzeug kam am Freitagnachmittag an. Dem Empfang des Fliegers wohnten unter anderem der Verteidigungsminister Serbiens, Aleksandar Vulin, und die Premierministerin des Landes, Ana Brnabic, bei. Sie bedankten sich bei Russland für die Hilfe und unterstrichen ihre Bedeutung für Serbien:

"Es zeigt, dass wir nicht alleine sind und dass Russland immer mit uns bleibt", sagte Vulin. Russland wird mit elf Flügen 87 Militärvirologen und -mediziner sowie medizinische Ausrüstung, Schutzmittel und 16 Militärfahrzeuge nach Serbien bringen.

Derzeit befinden sich laut dem russischen Verteidigungsministerium auf dem Flugplatz Tschkalowski im Moskauer Gebiet acht Arztbrigaden mit moderner medizinischer Ausrüstung sowie eine Einheit von Spezialisten der ABC-Truppen mit entsprechenden

Desinfektionsmitteln; sie sind zum Flug nach Serbien bereit. Sie werden mit Flugzeugen Il-76 in das Land gebracht.

Laut den jüngsten Informationen sind bereits zwei Flugzeuge mit russischen Spezialisten und Ausrüstung an Bord gestartet.

Eine Quelle teilte gegenüber Sputnik mit, dass Russland insgesamt elf Flugzeuge nach Serbien schicken soll: fünf am Freitag und sechs am Folgetag.

Am Donnerstag hatte der Kreml mitgeteilt, dass der russische Präsident Wladimir Putin und sein serbischer Amtskollege Aleksandar Vucic per Telefon Maßnahmen zur Coronavirus-Bekämpfung besprochen hätten. "Im Geiste der traditionell freundlichen" Beziehungen zwischen den beiden Ländern sei die Gewährung von humanitärer Hilfe an Serbien vereinbart worden.



https://cdnde5.img.sputniknews.com/img/32554/92/325549210 0:0:2554:1382 1000x0 80 0 1 bd23c934ec3749255dd83c21d8b29ff8.jpg.webp

Dan-news.info: Das Außenministerium der DVR hat heute das Protokoll der Ergebnisse

der Sitzung der Kontaktgruppe am 26. März veröffentlicht, um die Verbreitung nicht der Wahrheit entsprechender Informationen zu verhindern.

"In den letzten Tagen haben wir eine Menge Beschuldigungen an die Republiken gehört, dass wir angeblich unsere Verpflichtungen bezüglich der erreichten Vereinbarungen nicht erfüllen. Aber kein einziges auch nur teilweise richtiges Argument wurde von der ukrainischen Seite vorgebracht, das diese These beweist. Aber wir haben, im Unterschied zu Kiew, eine ganze Reihe von Gründen festzustellen, dass es nicht die Republiken sind, sondern dass Kiew nicht nur die Umsetzung der grundlegenden Dokumente des Minsker Pakets sabotiert, sondern selbst die Vereinbarungen, die vom Leiter der ukrainischen Delegation in Minsk (Leonid Kutschma) und dem Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine (Andrej Jermak) paraphiert wurden", erklärte die Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa.

Zuvor hatte der Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine Andrej Jermak erklärt, dass die ukrainische Seite angeblich im Unterschied zur DVR und LVR alles Mögliche für eine Umsetzung der Minsker Vereinbarungen tut.

de.sputniknews.com: Schwedens Außenamt erstellt Konzept der "Demokratieförderung" in Russland

Die Regierung Schwedens plant, "die Demokratie, die Menschenrechte und den Umweltschutz" in Russland zu unterstützen. Das geht aus einem Dokument zur Strategie des schwedischen Außenministeriums für den Zeitraum 2020-2024 hervor, das der Agentur RT am Freitag vorlag.

"Die Regierung beabsichtigt, die Unterstützung in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte, Gendergleichheit sowie Umwelt- und Klimaschutz in Russland zu erweitern und zu entwickeln und Möglichkeiten für einen Ausbau der Zusammenarbeit mit diesem Land in den genannten Richtungen zu untersuchen", heißt es in dem Dokument.

Die schwedischen Behörden sind der Meinung, dass das Zusammenwirken im Rahmen dieses Dokumentes "die demokratische Entwicklung in Russland fördern sowie zur Festigung der Äußerungsfreiheit und zur Erhöhung der Einhaltung des Menschenrechtsniveaus und des Prinzips der Vorrangstellung des Gesetzes beitragen wird". Stockholm plant, für die Umsetzung des Projektes 389 Millionen Schwedische Kronen (etwa 38,5 Millionen US-Dollar) bereitzustellen. 324 Millionen Schwedische Kronen (32 Millionen US-Dollar) davon sollen an die Schwedische Agentur für die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit (SIDA) überwiesen werden.

SIDA solle mit ihrer Tätigkeit das Potential der russischen Bürgergesellschaft, darunter in Fragen des Demokratieschutzes, "stärken", heißt es. Als Hauptaufgaben gelten "die Erweiterung der Möglichkeiten der Bürgergesellschaft insgesamt sowie der entsprechenden Subjekte beim Schutz der Demokratie, der Menschenrechte und der Vorrangstellung des Gesetzes wie auch die Erhöhung des Verständnisniveaus der breiten Öffentlichkeit für diese Werte".

Schweden will auch die "Diskriminierung" in Russland bekämpfen sowie dazu beitragen, dass der russischen Öffentlichkeit unabhängige Informationen gewährt werden. Nach Angaben der Agentur RT wickelt die SIDA ihre Tätigkeit auf Kosten der schwedischen Steuerzahler ab und setzt ihre Projekte in der ganzen Welt um.

Lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego
Die LVR teilt die Empörung der DVR wegen der Erklärungen von Vertretern der Kiewer
Regierung mit unhaltbaren Beschuldigungen gegenüber den Republiken des Donbass
bezüglich der Nichteinhaltung ihrer Verpflichtungen, unterstreicht die komplette
Unbegründetheit solcher Beschwerden und bestätigt das vollständige Fehlen von
Konstruktivem von Seiten der Vertreter der Ukraine bei der Videokonferenz der
Kontaktgruppe am 26. März 2020.

Das Protokoll zur den Ergebnissen dieser Videokonferenz, in dem festgehalten ist, dass die Entscheidungen zu jedem Punkt von der ukrainischen Seite blockiert wurden, wurde von uns unterzeichnet und an den besonderen Vertreter des Vorsitzenden der OSZE in der Kontaktgruppe weitergeleitet.

Wir halten die Veröffentlichung dieses Protokolls für richtig. Jeder muss die Möglichkeit haben, sich selbst von den fehlenden Absichten der ukrainischen Seite, reale Schritte in den Fragen der friedlichen Regelung der Konflikts zu tun, zu überzeugen.

nachmittags:

dnronline.su: **Mitteilungen der Gesundheitsministerin der DVR Olga Dolgoschapko** Derzeit befinden sich in der DVR 11.087 Personen unter Beobachtung, 141 davon sind stationär in Krankenhäusern, 10.946 in häuslicher Quarantäne (das sind die, die die Grenze der DVR zwischen dem 27. März und dem 2. April überquert haben). Die epidemiologische Situation befindet sich unter Kontrolle des Gesundheitsministeriums.

dan-news.info: Der operative Stab "Gesunde Bewegung" hat seine Arbeit auf Basis der gesellschaftlichen Bewegung "Donezkaja Respublika" begonnen. Die Hauptaufgabe des Stabs wird die Unterstützung der Bevölkerung in Selbstisolation während der Gültigkeit des Regimes der erhöhten Bereitschaft wegen COVID-19 sein.

Anfragen der Bürger werden über eine Telefonnummer angenommen. Die Anrufe sind aus dem Festnetz und aus dem Mobilfunknetz Phönix kostenlos und die Nummer ist rund um die Uhr erreichbar.

Der Stab besteht aus Freiwilligen. Zu den Aufgaben gehört auch die Informationen der Bevölkerung über die Situation, das Monitoring von Preisen auf dem Lebensmittelmarkt, um Spekulation zu verhindern, sowie die Unterstützung bei der Überquerung der Grenze. Geplant ist auch die Organisationen von psychologischen Online-Seminaren und anderen Weiterbildungskursen online.

de.sputniknews.com: **USA fangen Berliner Bestellung für Schutzmasken ab – Bericht** Laut "Tagesspiegel"-Informationen haben die USA eine Lieferung von Schutzmasken abgefangen, die das Land Berlin aus China bestellt hatte.

Es handelt sich dabei um Masken der Schutzklassen FFP2 und FFP3, die für Pflegepersonal und Einsatzkräfte in Berlin bestellt worden waren. Die Waren seien von einer USamerikanischen Firma in China hergestellt worden.

Wie der "Tagesspiegel" aus Berliner Sicherheitskreisen erfuhr, sei die Lieferung abgefangen und in die USA umgeleitet worden.

Am Vortag hatte das Robert-Koch-Institut (RKI) seine Einschätzung für das Tragen von Mundschutz in der Corona-Krise geändert. Wenn Menschen – auch ohne Symptome – vorsorglich eine Maske tragen, könnte das das Risiko einer Übertragung von Viren auf andere mindern, hieß es auf der Internetseite der Bundesbehörde. Wissenschaftlich belegt sei das aber nicht.

FFP-Schutzklassen

Die Abkürzung FFP steht für Filtering Face Piece – also etwa filternder Gesichtsschutz. Sie werden in drei Klassen unterschieden: 1, 2 und 3. Sie schützen in unterschiedlichen Graden vor festen und flüssigen Partikeln, wobei 3 die höchste Schutzklasse darstellt. Um sich vor Corona-Viren zu schützen, empfehlen Experten Masken der Klasse 2 und 3.



https://cdnde5.img.sputniknews.com/img/32678/10/326781065_0:146:2975:1756_1000x0_80_0_1_a65c86a1a2885f1b3ae45167174d02bd.jpg.webp

Ombudsmandnr.ru: Mitteilung des Apparats der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR

Vom 28. März bis zum 2. April 2020 wurden auf dem Territorium der DVR durch die militärische Aggression eine Zivilistin und ein Soldat der DVR getötet, drei Verteidiger der DVR wurden unterschiedlich schwer verletzt.

ukrinform.de: Covid-19: Ukraine blockiert Manipulations-Resolution Russlands Die Ukraine blockierte in den Vereinten Nationen den Entwurf einer russischen Resolution, die unter dem Deckmantel einer "Solidaritätserklärung" zur Bekämpfung von Covid-19 die Forderung nach Abschaffung von internationalen Sanktionen enthalte.

Dies teilte der Ständige Vertreter der Ukraine bei den Vereinten Nationen, Serhij Kyslyzja, in einem exklusiven Kommentar für Ukrinform mit.

Er führte eine Reihe von grundlegenden Ursachen an, warum die russische Initiative über internationale Normen hinausginge. Sie konnte also von der Generalversammlung nicht genehmigt werden.

"Die Aufhebung von Handelsbarrieren und wirtschaftlichen Schutzmaßnahmen soll in dem UN-Fachorgan - der Welthandelsorganisation - und nicht am Rande der UN-Generalversammlung diskutiert werden", betonte Kyslyzja.

Er sagte, der von den Russen vorgeschlagene Punkt zur Aufhebung der Sanktionen "die Logik der Verantwortung für schwere Verstöße gegen die Charta der Vereinten Nationen" sowie gegen andere Normen des Völkerrechts zerstöre.

Die Ukraine gehe davon aus, dass eine Abschwächung oder Aufhebung der Sanktionen nicht durch den Kampf gegen die Pandemie, sondern "durch die Einstellung von Verstößen des Aggressors gegen das Völkerrecht und Heranziehung zur Verantwortung erfolgen sollten", so der Diplomat.

Darüber hinaus machte der Ständige Vertreter der Ukraine bei den Vereinten Nationen deutlich, dass mit Slogans und politischen Aussagen das Virus nicht zu bekämpfen sei: "Es sind echte Maßnahmen ohne versteckte Pläne persönlichen Vorteils nötig", so Kyslyzja. Die Pressestelle des ukrainischen Außenministeriums verbreitete heute eine diesbezügliche Mitteilung. Russlands Manipulationen bei den Vereinten Nationen schaden nur dem Kampf gegen die Pandemie des Coronavirus, heißt es.



https://static.ukrinform.com/photos/2019 05/thumb files/630 360 1557243652-570.jpg

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 3. April 2020**

Vor dem Hintergrund des weltweiten Kampfs gegen die Coronavirusepidemie setzen die ukrainischen Kämpfer den Terror gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass fort. Die Straftruppen wählen als Ziel ausschließlich Wohngebiete von Ortschaften der Republik, da sie wissen, dass die Mehrheit der Einwohner sich in Selbstisolation in ihren Häusern befindet, um eine Verbreitung der Krankheit zu verhindern.

Heute um 10:05 Uhr haben Kämpfer aus der 59. Brigade der BFU unter Kommando des Kriegsverbrechers Schapowalow **Sajzewo** mit 82mm-Mörsern und automatischen Granatwerfern beschossen. Infolge des terroristischen Akts wurden ein Wohnhaus in der Rybalko-Straße 212 sowie ein ziviles Fahrzeug beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Schäden an ziviler Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Die Materialien zum Beschuss werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafangelegenheiten gegen den Brigadekommandeur der BFU Schapowalow hinzuzufügen.

Außerdem wurden die Informationen über die Verbrechen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte an die internationalen Beobachter der OSZE-Mission übermittelt, damit sie Einfluss auf die BFU ausüben, damit diese ein nachhaltiges Regime der Feuereinstellung einhalten und das Genozid an der friedlichen Bevölkerung der Republik beenden.

de.sputniknews.com: **FSB vereitelt Terroranschläge in Südrussland und Westsibirien** Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat laut einer heutigen Behördenmitteilung Terroranschläge in Südrussland und Westsibirien vereitelt.

Die Behörde informierte am Freitag über die Vereitelung von Terroranschlägen in der Region Stawropol im Süden Russlands und im Autonomen Kreis der Chanten und Mansen (Jugra) in Westsibirien.

IS-Zelle in Südrussland

In der Region Stawropol wurde die Tätigkeit einer konspirierten Zelle der Terrormiliz IS ("Islamischer Staat"; auch Daesh) unterbunden, zu der ein Ortseinwohner und ein Bewohner der russischen Republik Dagestan im Nordkaukasus gehörten, die Angriffe auf Polizeibeamte und Terroranschläge auf Objekte mit größeren Menschenansammlungen geplant haben sollen. Demnach wurde in der Stadt Neftekumsk ein Verbrecher festgenommen. Der zweite leistete bewaffneten Widerstand und wurde neutralisiert. Es gibt keine Verletzten unter Zivilisten und Sicherheitsbeamten.

Vor Ort wurden Gegenstände und Material zur Herstellung von Sprengsätzen, Waffen und verbotene extremistische Literatur gefunden und beschlagnahmt.

Festnahmen in Sibirien

In der westsibirischen Stadt Ljantor nahmen Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes FSB und des Innenministeriums Mitglieder einer Zelle der Terrororganisation "Kaukasus-Emirat" (Imarat Kawkas) fest, die aus drei Ortsansässigen bestand. Diese sollen einen Terroranschlag in einem Einkaufszentrum der Stadt geplant haben.

Bei ihnen wurden ein einsatzbereiter selbstgebastelter Sprengsatz, Komponenten für die Produktion von Sprengsätzen, Waffen und Munition beschlagnahmt.

Dnronline.su: Heute fand eine **Pressekonferenz des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums** der DVR über den Fernunterricht aufgrund der Verbreitung des Corona-Virus statt.

Bisher ist nicht geplant, die Abschlussprüfungen für die 9. und 11. Klasse zu verschieben. Der Fernunterricht, der für die Zeit der erhöhten Bereitschaft vorgesehen ist, soll unter Nutzung aller Arten von digitalen Medien laufen.

Die Aufgabe des pädagogischen Personals ist es, die Arbeit so zu organisieren, dass die grundlegenden und zusätzlichen Unterrichtsprogramme in vollem Umfang realisiert werden können.

Das eigenständige Studium der Schüler wird von den Lehrern begleitet über Online-Konsultationen, Webinare, Kommunikation über soziale Netzwerke und Telefon. Auch in den Hochschulen soll der Fernunterricht Priorität haben. Auch hier soll die Begleitung über alle zugänglichen Kanäle laufen. Vorlesungen sollen über Video, z. B. über Skype, laufen. Die Videos sollen den Studierenden jederzeit zur Verfügung stehen. Das pädagogische Personal kann auch von zu Hause aus arbeiten, die Lohnzahlung bleibt im vollen Umfang erhalten. Für sie wird es auch Online-Seminare zum Thema Fernunterricht geben.

de.sputniknews.com: **Russland: Warnung vor Bitcoin und Ruf nach Verstaatlichung** Auf die Pandemie folgt der Wirtschaftssturz. Es geht im wahrsten Sinn ans Eingemachte. Gibt es in solchen Zeiten noch Anlagemöglichkeiten für die sauer verdienten Ersparnisse: Gold, Aktien, Anleihen? Einen 100-prozentig sicheren Tipp haben derzeit auch Experten nicht. Aber eine Warnung.

Mit Bitcoin werden sie reich, die paar wenigen Gewieften. Für die meisten aber sind Crypto-Währungen derzeit ein "absolut wilder Markt", in dem die Masse verliert, warnt FinTech-Experte Alexander Treschtschew im Sputnik-Gespräch. Der Mann kennt sich aus mit dem Markt, denn er ist Gründer des Russischen Verbands für Crypto-Währungen und Blockchain (RAKIB).

"In Crypto-Währungen zu investieren, kann ich momentan überhaupt nicht empfehlen. Es gibt hier, wie in jedem aufstrebenden Sektor, viel mehr Aufgeblasenes als Realwirtschaftliches. Auf den heutigen Tag trifft es meiner Ansicht nach nicht zu, dass Crypto-Währungen ein sicherer Hafen sein können. Der Markt ist eher ein absolut wilder Markt", sagte der Experte. Zu warnen sei auch vor Betrügern, die mit großen Versprechen Geld einsammeln und "danach die Anleger mit nichts dastehen lassen, die gehofft hatten, ihr Erspartes zu vermehren".

Staat soll als Schutzherr einspringen

Auch russische Gewerkschafter weisen auf derzeit besondere Wirtschaftsgefahren hin. Nur dass diese Gefahren sich im größeren Maßstab abspielen: "Aktienverluste und wirtschaftliche Schwierigkeiten können Spekulation und feindliche Übernahmen von Firmen und Konzernen befeuern", warnt der russische Chef-Gewerkschafter Michail Schmakow, Präsident des Bunds unabhängiger Gewerkschaften Russlands, in einem Schreiben an den russischen Premierminister Michail Mischustin.

Es sei notwendig, "einen Mechanismus zur Verstaatlichung von Betrieben auszuarbeiten, die für die russische Wirtschaft und für die Wahrung der sozialen Stabilität wichtig sind". Der Mechanismus sei dann auch ohne Verzögerung "in der Praxis anzuwenden". Die Rückführung der verstaatlichten Firmen in private Hand sei anschließend durch ein Moratorium für ein Jahr aufzuschieben. Und: Möglich werde die Rückführung erst nach Beratung mit der jeweiligen Branchengewerkschaft, rät der Verbandspräsident.

Auf die Nationalisierung relevanter Betriebe soll sich die staatliche Wirtschaftshilfe nicht beschränken. Der Gewerkschafter ruft die russische Regierung in seinem Schreiben auch dazu auf, die Mehrwertsteuer zu senken, die Einkommenssteuer für Menschen zu streichen, die nicht mehr verdienen als den Mindestlohn, und im Gegenzug die Steuern auf Spitzeneinkommen zu erhöhen. Zudem seien Löhne von Ärzten und Krankenpflegern in Zeiten der Corona-Krise zu steigern – um 50 Prozent.

Bausektor und Landwirtschaft stabil

Arbeitsplätze zu erhalten und Einkommen in dieser Krise zu sichern, ist ja auch eine nationale Aufgabe für Russland: Eine "Priorität für die Regierung, die Regionen und die Wirtschaft", wie es Wladimir Putin in seiner gestrigen Fernsehansprache an die Nation formulierte. Wegen der Corona-Krise hat der russische Präsident die arbeitsfreie Woche in Russland bis Ende April verlängert, damit Bürger in häuslicher Quarantäne bleiben können – bei vollem Lohnausgleich.

Dies kann von kleinen und mittelständischen Unternehmen einen Kraftakt erfordern. Andere Branchen der russischen Wirtschaft wiederum zeigen sich auch in dieser schwierigen Zeit robust, erklärte ein Sprecher der Moskauer Kreditbank gegenüber der Wirtschaftszeitung RBC: "Die Baubranche und die Agrarwirtschaft sind von der Verlängerung der arbeitsfreien Zeit nicht betroffen und setzen ihre Arbeit fort. Eine spürbare Verschlechterung ihrer Finanzlage erwarten wir deshalb nicht." Mehr noch: Firmen aus diesen Sektoren nehmen laut dem Banksprecher weiterhin Kredite auf, selbst in diesen unsicheren Zeiten.

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 28. März bis 3. April 2020 In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer 25-mal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 59. und 58. Brigade Schapowalows und Kaschtschenkos **Sajzewo, Oserjanowka, Schirokaja Balka** und die **Siedlung des Bergwerks 6/7** in Gorlowka mit 120mm- und 82mm-Mörsern, automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk haben Straftruppen aus der 57., 54. und 28. Brigade auf Befehl der Kriegsverbrecher Mischantschuk, Majstrenko und Martschenko Spartak, Kaschtanowoje, Jasinowataja, Shabitschewo, Staromichajlowka und Signalnoje sowie die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks und den Flughafen von Donezk mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Antipanzerraketenkomplexen, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. In Richtung Mariupol haben Kämpfer der 10. und 128. Brigade Subanitschs und Gontscharuks Jasnoje und Kominternowo mit 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, automatischen Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen. Durch feindlichen Beschuss auf Staromichajlowka wurden zehn Wohnhäuser und ein Infrastrukturobjekt beschädigt. Außerdem wurden gestern infolge des Beschusses in Kominternowo Schäden an zwei Wohnhäusern festgestellt.

Zusätzliche Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

In der letzten Woche haben die BFU 140-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt, darunter auch mit verbotenen Waffen. Auf die Gebiete von 28 Ortschaften der Republik hat

der Gegner mehr als 1700 Geschosse abgefeuert, darunter 70 122mm-Artilleriegranaten und 560 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm.

Durch Beschuss von Seiten der BFU starb eine zivile Einwohnerin von Staromichajlowka, geb. 1931, es wurden mehr als 40 Häuser und Objekte der zivilen Infrastruktur in Sajzewo, Staromichajlowka, Jasnoje, Alexandrowka, undKominternowo sowie in den Siedlungen des Trudowskaja- und des Oktjabrskaja-Bergwerks in Donezk beschädigt, außerdem wurden 12 öffentliche Verkehrsmittel beim Artilleriebeschuss das Gebiet der Trolleybus- und Straßenbahnabteilung von Gorlowka beschädigt.

Alle Informationen werden mit Fotos und Videos an die Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, geschickt sowie an die Generalstaatsanwaltschaft übergeben, um Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Kaschtschenko. Martschenko, Majstrenko, Kokorjew, Schapowalow, Gontscharuk und Subanitsch einzuleiten.

Im Verlauf der letzten Woche hat unserer Aufklärung die Stationierung von mehr als 40 Stück Waffen und Militärtechnik durch Einheiten der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium festgestellt:

im Verantwortungsbereich der 59. Panzergrenadierbrigade:

ein Schützenpanzerwagen in Persche-Trawnewoje;

im Verantwortungsbereich der 58. Panzergrenadierbrigade:

eine 152mm-Haubitze D-20 in Persche-Trawnewoje, vier Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Belaja Gora, ein Schützenpanzerwagen in Nowgorodskoje;

im Verantwortungsbereich der 54. mechanisierten Brigade;

ein Schützenpanzerwagen in Nowobachmutowka, ein 122mnm-Artilleriegeschütze "Gwosdika", ein Schützenpanzer und ein Schützenpanzerwagen im Gebiet von Awdejewka; im Verantwortungsbereich der 57. Panzergrenadierbrigade:

drei vier Schützenpanzerwagen in Peski, sechs Schützenpanzerwagen im Gebiet von Umanskoje;

im Verantwortungsbereich der 28. mechanisierten Brigade:

drei Schützenpanzerwagen und ein Schützenpanzer in Slawnoje;

im Verantwortungsbereich der 128. Gebirgssturmbrigade:

fünf Schützenpanzerwagen und fünf Schützenpanzer in Taramtschuk, ein

Schützenpanzerwagen in Beresowoje, vier Schützenpanzer und ein Schützenpanzerwagen in Bogdanowka;

im Verantwortungsbereich der 10. Gebirgssturmbrigade:

ein Schützenpanzerwagen in Gnutowo.

Die Stationierung von verbotenen Waffen und Militärtechnik der BFU in Wohngebieten wird auch von Beobachtern der OSZE-Mission festgestellt, aber das verringert in keiner Weise das Niveau der Blutgier der ukrainischen Banden, die durch ihre Straflosigkeit ermuntert weiter die Bevölkerung des Donbass terrorisieren.

Wir rufen die Einwohner der von der Ukraine besetzten Territorien auf, Maßnahmen zu ergreifen, um eine Stationierung von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Wohnhäusern und Objekten der zivilen Infrastruktur zu verhindern. Die unzuverlässige ukrainische Technik und Munition könnten defekt werden und detonieren, was Ihr Leben und Gesundheit gefährdet!

Gemäß Anweisungen des Kommandos der OOS blockieren Einheiten für elektronische Kriegführung weiter Leitungskanäle von OSZE-Drohnen, um die Fälle von Stationierung verbotener Militärtechnik zu verheimlichen. In der letzten Woche haben wir weitere Fälle des Einsatzes mobiler Gruppen der elektronischen Kriegführung aus dem 305. und 20. Bataillon für elektronische Kriegführung im Verantwortungsbereich der 28.. und der 128. Brigade der BFU festgestellt. Aktivitäten zur Blockierung von Leitungs- und Navigationskanälen von

Drohnen wurden in den Gebieten von Krasnogorowka und Stepanowka durchgeführt, wo Beobachter der OSZE-Mission gezwungen waren, die Arbeit aufgrund der Gefahr des Verlustes von Drohnen einzustellen. Alle Fälle von Behinderungen von Drohnenflügen von Seiten ukrainischen Kämpfer werden in den offiziellen Berichten der OSZE-Mission bestätigt. **Die ukrainischen Besatzer erleiden weiter Verluste** infolge des Geratens auf Sprengeinrichtungen, die Verletzung von Sicherheitsvorschriften sowie vor dem Hintergrund von Alkohol- und Drogenkonsum.

So fand auf den Positionen der 28. mechanisierten Brigade im Gebiet von Marjinka ein Streit zweiter Soldaten in betrunkenem Zustand statt, der in einen Vorfall mit Einsatz von Waffen überging. Bei dem Schusswechsel wurde der Soldat A.W. Kudrjazew verletzt, der Feldwebel D.S. Shurba starb an einer Schussverletzung.

In der letzten Woche betrugen die Verluste des Gegners in der operativ-taktischen Gruppierung "Ost" sieben Tote und acht Verletzte, davon:

in der 58. Panzergrenadierbrigade drei Verletzte, ein Toter;

in der 57. Panzergrenadierbrigade ein Verletzter, ein Toter;

in der 28. mechanisierten Brigade vier Verletzte und fünf Tote.

Im März betrugen die nicht kampfbedingten Verluste in den Einheiten der BFU: 31 Tote und 52 Verletzte.

Die 28. Brigade ist zum Spitzenreiter bei nicht kampfbedingten Verlusten geworden. Deren Zahl beträgt 60 Prozent der Gesamtzahl der Toten und Verletzten. Der Brigadekommandeur Martschenko, der einen weiteren Verweis befürchtet, hat beschlossen, dem übergeordneten Stab die Verluste als angebliche Folge von Beschuss zu melden. Als Bestätigung seines Berichts organisierte er einen Artilleriebeschuss der Umgebung von Donezk am 31. März. Auf seinen Befehl feuerten die Artilleristen mehr als 35 Granaten des Kalibers 122mm sowie 130 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm auf Staromichajlowka und die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks ab, dadurch wurden sechs Wohnhäuser beschädigt.

In den Einheiten der 58. Panzergrenadierbrigade sinkt das Niveau der militärischen Disziplin weiter ab, was von Alkoholkonsum und Verletzung der Regeln gegenseitiger Beziehungen begleitet ist.

So wurden nach Informationen unserer Quelle im Stab der operativ-taktischen Gruppierung "Ost" am 30. Mai in einer Artillerieabteilung der 58. Brigade Fälle der offenen Verweigerung von Befehlen der Kommandeure durch das Personal bemerkt.

Mehr als zehn nicht nüchterne Soldaten kamen in das Büro des Kommandeurs der Abteilung Oberstleutnant D.P. Gajda, um die bestehende Situation bezüglich der Verschiebung der planmäßigen Ablösung zu erklären. Ein Wortgefecht ging in einen Streit über, dem Abteilungskommandeur gelang es, die Kämpfer zu beruhigen, indem er einem der an der Prügelei Beteiligten ins Bein schoss. Zu diesem Vorfall führen Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes Ermittlungen durch.

Neben nicht kampfbedingten Verluste wirken sich die zunehmenden Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Dienstortes auf die Personalausstattung der Brigaden in der OOS-Zone aus. Dies hängt mit dem hohen Grad der Verschärfung der

Quarantänebeschränkungen und dem Verbot des Kommandos, dass die Soldaten mit ihren Familien telefonieren, um die wahre Lage der Dinge in den Verbänden und Truppenteilen zu verheimlichen, zusammen.

So wurden in der 10. und 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte allein in der letzten Woche nach offiziellen Berichten 78 Fälle von eigenmächtigem Verlassen und Truppenteils und Desertion festgestellt.

Die Versuche des Kommandos der BFU den moralisch-psychischen Zustand des Personals durch zeitweilige Erlaubnis der Nutzung von Mobiltelefonen für Gespräche mit Verwandten zu verbessern, hat keine positiven Ergebnisse erbracht.

Bei Gesprächen mit Verwandten erhalten die Soldaten Informationen über Erkrankungen ihrer

Verwandten und wenden sich an ihr Kommando mit der Bitte, ihnen Urlaub zu gewähren. Wenn die Kommandeure ihnen den Urlaub verweigern, greifen die Soldaten zu verschiedenen Maßnahmen bis hin zur Selbstverletzung, um den Stationierungsort des Truppenteils zu verlassen. Beispiele dafür sind Fälle von Selbstverletzungen in der 57. und 10. Brigade, über die wir zuvor berichtet hatten.

Außerdem erhalten wir Informationen über **Fälle von Diebstahl und Korruption** in der Zone der Besatzungskräfte.

So wurde bei der Kontrolle der Munitionslager in der 57. Panzergrenadierbrigade durch eine Kommission des Raketenartilleriewaffendienstes des Stabs der OOS ein Fehlbestand von mehr als 7000 Patronen des Kalibers 5,45mm, mehr als 3000 Patronen des Kalibers 7,62 mm und 200 Zündern für Handgranaten USRGM bemerkt. Außerdem wurden grobe Verletzungen des Brandschutzes an den Lagerorten für Munition festgestellt, die wie bekannt ist zu Bränden in den Lagern in Swatowo, Balakleja und Itschnja geführt haben. Trotz der bitteren Erfahrung ignoriert das Kommando der ukrainischen Streitkräfte weiter die Sicherheitsmaßnahmen, um beim Schweigen über die entdeckten Verstöße und Fehlbestände halben 30.000 Griwna vom Kommandeur der 57. Brigade Mischantschuk.

Im Zusammenhang mit der deutlichen Verschlechterung der epidemiologischen Situation und der Verbreitung des Coronavirus hat das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung "Ost" beschlossen, die Soldaten der Verbände und Truppenteile zu kasernieren. In den Brigade wurden Zeltdörfer errichtet, in denen Soldaten mit Coronavirussymptomen untergebracht sind. Außerdem wurde ein Regime von Isolations- und Beschränkungsmaßnahmen "Obervation" eingerichtet, das eine Beschränkung der Aus- und Einfahrt von Fahrzeugen auf das Territorium der Brigaden vorsieht.

Nach Informationen unserer Aufklärung hat dieses sogenannte Regime der Isolation nur die epidemiologische Situation in der 10. und 128. Brigade verschlechtert. Im Zusammenhang mit der Unbedachtheit der Brigadekommandeure, die praktisch alle Soldaten per Befehl im Stationierungsort festhalten, mit dem völligen Fehlen individueller medizinischer Schutzmittel und Medikamente ist die Zahl der Infizierten auf 300 Mann gestiegen. Vor dem Hintergrund der Massenhysterie im Zusammenhang mit der Verbreitung des Coronavirus in der Zone der Operation der Besatzungskräfte hat der Kommandeur der 58. Panzergrenadierbrigade befohlen, Waffen und Militärtechnik zu desinfizieren, um eine massenhafte Verbreitung der Infektion im Verantwortungsbereich der Brigade zu verhindern. So haben am 31. März unkontrollierte Kämpfer der 58. Brigade mit Eifer die Bearbeitung ihrer Militärtechnik mit Chemikalien unbekannter Herkunft begonnen, dabei erlitten zehn Kämpfer des 15. Bataillons, die ohne individuelle Schutzmittel arbeiteten, Vergiftungen. Sie befinden sich derzeit in einem Zeltdorf auf dem Territorium der Brigade, weil es in den nächsten Militärhospitälern und Krankenhäusern schon keine Plätze mehr gibt.

de.sputniknews.com: **Noam Chomsky: Neoliberale Doktrin schuld daran, dass USA zum Epizentrum der Corona-Pandemie wurden**

Von Ilona Pfeffer

Noam Chomsky, weltberühmter Linguist und politischer Aktivist, hat in einem Interview mit dem Magazin "Truthout" den Umgang der USA mit der Coronakrise scharf kritisiert. Das Problem sei jedoch nicht Trump allein, sondern der tief verwurzelte neoliberale Kapitalismus. Gesundheitsfürsorge bringe eben keinen Profit.

Das Ausmaß der Seuche sei überraschend und schockierend, nicht aber ihre Auswirkungen oder die Tatsache, dass die USA am schlechtesten dabei abschneiden würden, auf die Krise zu reagieren, stellt Chomsky gleich zu Beginn des Interviews klar. Wissenschaftler hätten seit Jahren vor einer Pandemie gewarnt, besonders seit Ausbruch der SARS-Epidemie 2003, die ebenfalls durch ein Coronavirus verursacht worden war. Impfstoffe seien damals entwickelt worden, diese seien aber nicht über das vorklinische Level hinausgekommen. Damals wäre

die Zeit gewesen, Systeme zu entwickeln, die es erlauben würden, schnell auf einen Ausbruch eines Virus reagieren zu können. Man hätte Mittel dafür zur Seite legen und Behandlungsansätze entwickeln können.

Doch wissenschaftliche Einsicht sei eben nicht genug, so der 91-Jährige. Die moderne sozioökonomische Ordnung stehe einem solch umsichtigen Handeln entgegen. Der Markt habe klar signalisiert: Es gibt keinen Profit in der Verhinderung einer zukünftigen Katastrophe. Seit den Zeiten Reagans habe es in den USA die Entwicklung gegeben, politische Entscheidungen zu einem großen Teil in die Hände der Wirtschaft zu geben, und in den folgenden Jahren habe dies der uneingeschränkten kapitalistischen Ordnung eine Dosis neoliberaler Brutalität verliehen.

Wie tiefgreifend das Problem ist, zeige sich aktuell an dem Mangel an Beatmungsgeräten. Die Gesundheitsbehörde habe das Problem vorhergesehen und Verträge mit einem kleinen Unternehmen abgeschlossen, das günstige und einfach einsetzbare Beatmungsgeräte herstellt. Diese sei dann aber von einem großen Unternehmen aufgekauft worden. Mit Verweis darauf, dass es nicht profitabel sei, habe das Unternehmen sich aus dem Vertrag zurückgezogen und keine Beatmungsgeräte an die Regierung geliefert.

Die US-Administration sei bezüglich einer Pandemie vorgewarnt gewesen – die letzte Simulation eines solchen Szenarios stamme aus dem Oktober des vergangenen Jahres. Dennoch habe Trump in seiner Amtszeit jedem relevanten Teil der Regierung die Mittel und die Handhabe entzogen und Reglementierungen aus dem Weg geräumt, die den Profit hätten behindern können.

Nachdem China die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bereits am 31. Dezember 2019 über die Ausbreitung einer unbekannten Lungenkrankheit informiert und am 7. Januar die Ursache als Coronavirus identifiziert habe, hätten US-Nachrichtendienste vergeblich versucht, bei Präsident Trump Gehör zu finden. Gegenüber der Presse hätten Vertreter der Behörden gesagt, sie hätten ihn einfach nicht dazu bringen können, etwas zu unternehmen. "Das System hatte die roten Warnleuchten an."

Schweigsam sei der Präsident nicht gewesen. Im Gegenteil, er habe selbstsicher verlautbart, es sei nur ein Husten, er habe alles unter Kontrolle, es sei zwar ernst, aber er habe vor allen anderen gewusst, dass es eine Pandemie sei. Die Krönung sei gewesen, als im Februar, während das Virus bereits im Land wütete, der neue Haushaltsplan vorgestellt worden sei. Darin vorgesehen: weitere Kürzungen im Gesundheitssektor sowie mehr Mittel für die wirklich wichtigen Dinge – das Militär und die Mauer an der Grenze zu Mexiko. Im Ergebnis habe man in den USA viel zu spät und nicht in der Breite getestet und damit eine erfolgreiche Implementierung einer Strategie zur Eindämmung des Virus unmöglich gemacht. Selbst den besten Krankenhäusern fehle es an Ausstattung mit dem Nötigsten. "Jetzt sind die USA das Epizentrum der Krise", bilanziert Chomsky, der zu Trumps größten Kritikern gehört. Doch nicht Trump allein sei an dem Desaster schuld. Er sei in einer kranken Gesellschaft in sein Amt gekommen, leidend unter 40 Jahren Neoliberalismus mit noch tieferen Wurzeln. Das profitorientierte US-Gesundheitswesen sei schon lange ein internationaler Skandal gewesen, mit doppelt so hohen Pro-Kopf-Ausgaben als in anderen entwickelten Gesellschaften und mit den schlechtesten Ergebnissen von allen. Die neoliberale Doktrin habe ihm einen weiteren Schlag versetzt, in dem Maßnahmen wirtschaftlicher Effizienz eingeführt worden seien: Sofort-Dienstleistung ohne Rücklagen. "Irgendeine Störung und das System bricht zusammen", so der Intellektuelle.

Noch in den letzten Jahren der Reagan-Administration hätten 70 Prozent der Bevölkerung sich dafür ausgesprochen, dass die garantierte Gesundheitsversorgung in die Verfassung aufgenommen wird. Diese Unterstützung für das Gesundheitswesen sei eingebrochen als die Business-Propaganda eingesetzt und mit einer astronomisch hohen Steuerlast für die Bürger gedroht habe.

Ja, die Steuern würden steigen, bescheinigt Noam Chomsky. Jedoch habe jüngst eine Studie

gezeigt, dass eine allgemeine Gesundheitsfürsorge die Ausgaben im Gesundheitswesen um 13 Prozent, also 450 Milliarden US-Dollar jährlich senken würde. Zudem seien die Macher der Studie zu dem Schluss gekommen, dass der Zugang zu medizinischer Versorgung jedes Jahr 68.000 Leben und 1,73 Millionen Lebensjahre retten würde.

Wie es anders gehen könne, zeige ein Blick auf China und benachbarte Staaten, die früh die Warnzeichen erkannt und die Ausbreitung des Virus inzwischen unter Kontrolle gebracht hätten. Auch einige europäische Staaten hätten angemessen reagiert.

"Deutschland scheint den Weltrekord in Sachen niedrige Todesrate zu halten – dank der guten Ausstattung mit Gesundheitseinrichtungen, der diagnostischen Kapazität und der schnellen Reaktion. In Norwegen scheint es ähnlich zu sein. Boris Johnsons Reaktion in Großbritannien war hingegen beschämend. Und Trumps USA sind das Schlusslicht."

Entscheidend scheine hierbei nicht der Unterschied zwischen Demokratien und Autokratien, sondern zwischen funktionalen und dysfunktionalen Gesellschaften, bemerkt der Intellektuelle.

Auch der nun beschlossene Rettungsfonds werde kaum bei der notleidenden Bevölkerung, sondern vielmehr bei den Unternehmen ankommen, schließt Chomsky.



https://cdnde5.img.sputniknews.com/img/32678/32/326783227 0:202:3414:2048 1000x0 80 0 1 54bb364296b0f8df65acd009175c5308.jpg.webp

mil-lnr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertretreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann Ja. A. Osdatschij über die Situation an der Kontaktlinie vom 28. März bis 3. April 2020

Guten Tag! Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK hat der Gegner in den letzten 24 Stunden zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

In der letzten Woche haben die BFU insgesamt 14-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Zum Beschuss wurden 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art, großkalibrige und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden die Gebiete von acht Ortschaften beschossen.

Infolge des Beschusses von **Donezkij** wurde die Fensterverglasung eines Wohnhauses im Stadtteil 30. Jahrestag des Sieges 4/15 sowie das Dach eines privaten Hauses in der Elektrowosnaja-Straße 10 beschädigt. In **Frunse** wurde das Dach eines Wohnhauses in der Kalinin-Straße 26 beschädigt. In **Golubowskoje** wurde das Dach eines Wohnhauses in der Artjom-Straße 22 beschädigt, außerdem wurde infolge eines Treffers auf ein Wohnhaus in der Kotschewenko-Straße 4 **eine Frau, geb. 1940, tödlich verletzt**. Wir äußern gegenüber den Verwandten der Toten unser Mitgefühl.

Die Fälle von Beschuss der Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden an die

Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um Strafverfahren gegen die Kommandeure der 59. und 93. Brigade Schapowalow und Bryshinskij und die ihnen unterstellten Soldaten einzuleiten.

Die BFU beschießen zielgerichtet Ortschaften der Republik, in denen es keine Einheiten der Volksmiliz gibt und gab. Wenn sie die Koordinaten an die Artilleriemannschaften übergeben, wissen die Kriegsverbrecher gut, wohin ihre Geschosse fliegen, die Überzeugung von der eigenen Straflosigkeit und die schweigende Zustimmung der Kiewer Regierung erlaubt es ihnen, die Vernichtung des Volkes des Donbass fortzusetzen.

Der Gegner stationiert weiter **Militärtechnik auf Territorien von Objekten der zivilen Infrastruktur** und gefährden so friedliche Einwohner.

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung fünf Schützenpanzerwagen der 30. Brigade in der Nähe von Wohnhäusern in Solotoje und Katerinowka festgestellt.

In Makarowo und Stschatje befinden sich drei Schützenpanzerwagen und zwei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge der 25. Brigade bei Wohnhäusern. Ein weiterer Schützenpanzerwagen ist in Malinowo stationiert.

Außerdem wurden Waffen und Militärtechnik der 93. Brigade des Verbrechers Bryshinskij entdeckt: ein Schützenpanzerwagen im Hof eines Wohnhuses in Trechisbjonka, vier Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Orechowo und drei weiter Stück Panzertechnik im Gebiet von Nowotschokowskoje.

Da er um das Leben der Bevölkerung fürchtet, haben die Bürgermeister dieser Ortschaften sich an das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung "Nord" mit der Bitte gewandt, die Waffen und Technik aus den Wohngebieten abzuziehen, aber es wurden keinerlei Maßnahmen ergriffen.

Um die Entdeckung der Technik, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationiert wurde, zu verhindern, schaffen die Einheiten der ukrainischen Verbrecher weiter **Hindernisse für die Drohnen der OSZE**, die Flüge über dem von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorium durchführen.

In der letzten Woche haben Kämpfer der 93. Brigade im Gebiet von Orechowo im Popasnaja-Bezirk die Leitungskanäle von Drohnen der OSZE mit einer Störstation Bukowel-AD einer mobilen Gruppe des 306. Bataillons für elektronische Kriegsführung blockiert, in der Folge waren die Mitarbeiter der Mission gezwungen, die Beobachtung des von den ukrainischen Einheiten besetzten Territoriums einzustellen und die Drohne zu landen.

Außerdem wurde eine Drohne der OSZE-Mission bei einem Flug im Gebiet von Krymskoje von den Positionen der 93. Brigade aus beschossen.

Außerdem wird die **Verminung von Örtlichkeiten** durch technische Einheiten aus der 59. Panzergrenadierbrigade in den Gebieten von Troizkoje und Rassadki bemerkt. Kämpfer haben 240 Antipanzerminen installiert. Bei der Installation der Minensperren kennzeichnen die Verbrecher der BFU die Verminungsgebiete nicht und erstellen auch keine Karten von Minenfeldern....

Außerdem verletzen die ukrainischen Truppen weiter die Bedingungen der Trennung von Kräften und Mitteln. In der letzten Woche haben unsere Beobachter die Anwesenheit von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf ihren ehemaligen Positionen im Gebiet des Trennungsabschnitts Nr. 2 im Gebiet von Solotoje bemerkt. Nach unseren Informationen haben die ukrainischen Truppen die Verminung der Territorien an diesem Abschnitt wieder aufgenommen, obwohl dieses Gebiet von der Kontaktgruppe für die Schaffung eines Passierpunkts für zivile Einwohner über die Abgrenzungslinie vorgesehen ist, und gemäß den Rahmenvereinbarungen ist es derzeit für Soldaten verboten, sich dort aufzuhalten. ... Am 27. und 28. März hat Selenskij auf die Posten des Kommandeurs der ukrainischen Streitkräfte und des Kommandeurs der Vereinigten Kräfte der ukrainischen Streitkräfte General Chomtschak bzw. General Najew ernannt. Die Funktionsträger sind seit langem Kampfgefährten des ehemaligen Präsidenten Poroschenko und haben derzeit Beziehungen zu

nationalistischen Banden. Vertreter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte verhandeln mit den Nationalisten über die Schaffung einer Reserve zum Ersatz wegen der Epidemie aus der Zone der Strafoperation herausgenommenen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte. Es ist zuverlässig bekannt, dass die Strafsoldaten aus der neonazistischen Organisation "Freikorps" schon ihre Zustimmung zur Teilnahme gegeben haben und bereits mit einer Auswahl von Personal für Trainings auf dem Übungsplatz "Jaworowskij" begonnen haben. Bei den Verhandlungen mit Vertretern des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte haben Delegierten des "Freikorps" gefordert, das Gebiet, in dem die genannte Banditengruppe ihre Kampfaufgaben durchführen wird, unter ihre Kontrolle zu stellen. Außerdem haben die Nationalisten erreicht, dass das Gebiet, in das sie geschickt werden, vorher mit ihnen vereinbart werden muss, wobei sie einen Sektor nach ihrem Belieben wählen können. Da ihm die Schwierigkeit der Situation bekannt ist, hat der Leiter des Generalstabs allen Bedingungen zugestimmt und die Anweisung erteilt, den Kämpfern des "Freikorps" Ausbildungsplätze zuzuteilen sowie den auf dem Übungsplatz in Jaworow eintreffenden sogenannten "Freiwilligen" Waffen und Material zuzuteilen. …

Das Kommando der Volksmiliz der LVR unternimmt alle notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung der gestellten Aufgaben zum Schutz unserer Republik.

Die Soldaten der Volksmiliz der LVR vervollkommnen ihre professionelle Ausbildung, in den Einheiten der Volksmiliz finden Übungen gemäß dem Plan statt.

Eine strenge Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung ist ein unveräußerlicher Teil des Maßnahmekomplexes zur Gewährleistung von Schutz und Sicherheit der LVR. Unsere Bestrebungen zu einer friedlichen Regelung bleiben unverändert. Im Fall einer Gefahr oder Provokation von Seiten der ukrainischen Truppen sind wir bereit eine adäquate Antwort zu geben.

de.sputniknews.com: **Denkmal für sowjetischen Marschall Konew in Prag demontiert** In Prag ist am Freitagmorgen auf Beschluss der Munizipalbehörden das Denkmal für den sowjetischen Marschall Iwan Konew abgerissen worden. Das teilte der Verwaltungschef des Bezirks sechs der tschechischen Hauptstadt, Ondřej Kolář, gegenüber Journalisten mit. ... Das Denkmal war vor 40 Jahren anlässlich des 35. Jahrestages der Befreiung der Stadt von den faschistischen deutschen Truppen aufgestellt worden.

Kolář hatte im September 2019 die Verlagerung des Monuments an einen anderen Ort verfügt. Dies gab Anlass zu umfassenden Diskussionen im Netz. Gegen den Abriss des Denkmals traten Veteranenorganisationen und Vertreter der Öffentlichkeit auf. Das russische Außenministerium nannte diese Entscheidung empörend.

"Das heutige Entfernen des Bronzedenkmals für Marschall Konew vom Podest ist die letzte Note der Etüde, die in diesem Bezirk 1980 (im Jahr der Errichtung des Denkmals) gespielt wurde", schrieb Kolář auf seiner Facebook-Seite.

Wie die Mitarbeiterin der Prager Stadtverwaltung, Hana Marvanová, gegenüber der Presse sagte, werde das Denkmal laut einem Abkommen mit der Bezirksverwaltung an ein Museum übergeben.

Jiří Ovčáček, Pressesekretär des tschechischen Präsidenten Miloš Zeman, hat das Handeln der Behörden des Prager Bezirks sechs heftig kritisiert.

"Die tschechischen politischen Extremisten feiern heute einen großen Tag. In einer schweren Zeit (des Kampfes gegen COVID-19) beschlossen diese überheblichen und hasserfüllten Personen, unser Land mit Schande zu bedecken. Sie beseitigen das Denkmal für Marschall Konew, der Auschwitz und die Tschechoslowakei von den deutschen Nazis befreite (…)", schrieb Ovčáček auf Twitter.

Der ehemalige Vizevorsitzende der Kommunistischen Partei von Tschechien und Mähren, Josef Skála, kommentierte diese Situation gegenüber Sputnik.

"Das Scheußliche an dieser Tat besteht darin, dass Menschen jetzt faktisch ihre Häuser nicht

oder nur für kurze Zeit verlassen. Wie Rowdies und ausgekochte Halunken haben sie sich (Bezirksverwaltung) hinter dem Ausnahmezustand verborgen und die Statue unseres Befreiers weggebracht ... Der Staat und seine wichtigsten Exekutivorgane können sich nicht damit rechtfertigen, dass wir keine zeitgemäßen Schritte unternommen hätten, um diese Schande zu verhindern. Wir richteten einen offenen Brief an Premier und Regierung. Wir schlugen eine klare Lösung vor: das Denkmal für Marschall Konew zum nationalen Kulturdenkaml erklären (...) Leider wurden wir nicht erhört. Es darf nicht so weiter bleiben. Wir werden uns an die Regierung mit der Frage wenden, wie sie diesen Widersinn nur zulassen konnte." Die russische Botschaft in Prag hat gegenüber dem tschechischen Außenministerium entschiedenen Protest im Zusammenhang mit der Demontage des Denkmals erhoben.



https://cdnde5.img.sputniknews.com/img/32678/33/326783370 0:177:3125:1867 1000x0 80 0 1 2ab0b1845e35c293d7f0e100f79f41d8.jpg.webp

Dan-news.info: Das Ministerium für Einkünfte und Abgaben der DVR wird das Niveau der Preise für sozial wichtige Waren in der Republik kontrollieren. Dazu wurde eine Hotline eingerichtet, bei der man Fälle von überhöhten Preise mitteilen kann. Dasselbe geht auch über ein Formular auf der Seite der Behörde.

de.sputniknews.com: **Türkei will Coronavirus mit Bluttransfusion heilen – Experte** Die Türkei startet nächste Woche eine Kampagne zur Blutabnahme bei Bürgern, die das Coronavirus überstandenen haben, für die Transfusion an Neuerkrankte. Dies verkündete der Leiter der türkischen nationalen Zweigstelle der Rothalbmondgesellschaft, Kerem Kınık, am Freitag.

"Nächste Woche beginnen wir mit einer neuen Behandlungsmethode. Es ist notwendig, dass 14 Tage vergangen sind, seit der mit dem Coronavirus infizierte Patient genesen ist und aus dem Krankenhaus entlassen wurde. Mangels eines Impfstoffs gegen das Virus sind wir gezwungen, unsere Möglichkeiten einzusetzen (…). Ich glaube, dass diese Methode eine der effektivsten in der Welt sein wird", zitiert Kinik der TRT-TV-Sender.

Er fügte hinzu, dass das Spenderplasma eines die Covid-19-Erkrankung überstandenen Menschens Antikörper gegen das neue Coronavirus enthalte und seine Transfusion deshalb anderen infizierten Menschen helfen werde, schneller zu genesen. ...

Dan-news.info: Kommentar der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa über die Situation beim Gefangenenaustausch

Obwohl die DVR die notwendigen Regelungen für den Austausch von acht auf unserem Territorium festgehaltenen Personen bestätigt und umgesetzt hat, hat das offizielle Kiew trotz seiner Erklärungen bisher keine entsprechenden Schritte unternommen. Außerdem haben die

Vertreter der Ukraine unter verschiedenen Vorwänden auch keine Zustimmung zu dem zuvor von den Seiten vereinbarten Austauschformat gegeben.

So kann man mit Bedauern feststellen, dass die nächste Etappe des Austauschs festgehaltener Personen ausschließlich durch die Schuld Kiews zum Scheitern gebracht wurde. Ein weiteres Mal erschüttert mich der Zynismus Kiews, dessen Vertreter so oft unter Losungen über die Wichtigkeit der Heimkehr der festgehaltenen Personen an die Regierung kommen und dann, wenn sie ihr Ziel erreicht haben, leicht bereit sind, sich von ihren Menschen abzuwenden. Aus diesem Grund haben wir zum ersten Mal in der Praxis der Austausche Listen ukrainischer Verbrecher veröffentlicht, die unsere Seite bereit ist, gegen unsere Bürger auszutauschen. Das ukrainische Volk hat das Recht, die Namen derer zu wissen, die die von ihnen gewählten Politiker im Stich gelassen haben.

Außerdem ist die Regierung der DVR aus humanitären Erwägungen bereit, den Zugang von Verwandten, die auf dem Territorium der Ukraine leben, zu den acht festgehaltenen Personen zu organisieren.

Ich rufe Kiew ein weiteres Mal auf, sein Verhältnis und die Politik der Umsetzung seiner Verpflichtungen zu überdenken. Eine solche Tatenlosigkeit und Ignorieren von Menschen bringt uns dem Frieden nicht näher und unterstützt nicht einen weiteren Dialog zur Lösung wichtiger Fragen.

abends:

de.sputniknews.com: Wegen Berichten über Covid 19: Irak setzt Akkreditierung von Reuters aus

Die irakischen Behörden haben die Akkreditierung des Büros der Nachrichtenagentur Reuters für drei Monate ausgesetzt, nachdem diese einen Bericht über eine angeblich massive Verbreitung des Coronavirus im Land veröffentlicht hat. Dies teilte die nationale Kommunikations- und Medienkommission des Irak mit.

"(Die Behörden – Anm. d. Red.) haben beschlossen, die Akkreditierung des Büros der Agentur im Irak wegen eines Verstoßes gegen die Medienregeln für drei Monate auszusetzen und eine Geldstrafe in Höhe von 25 Millionen Dinar (knapp 19.000 Euro) zu verhängen. Die Agentur wurde verpflichtet, sich bei der Regierung und dem irakischen Volk zu entschuldigen", heißt es in der Mitteilung der irakischen Medienaufsicht. Am Donnerstag hatte Reuters einen Artikel veröffentlicht, in dem es hieß, dass die tatsächliche Zahl der Corona-Infizierten im Irak bei 3.000 bis 9.000, darunter mindestens 2.000 Menschen in Bagdad, liege, obwohl die Behörden nur 772 Infektionsfälle und 54 Toten bestätigt hätten. Dabei berief sich die Agentur auf anonyme Quellen im irakischen Gesundheitsministerium und einen Politiker, der ebenfalls anonym bleiben wollte. Nach Angaben der irakischen Medienkommission stimmen die Angaben von Reuters nicht. Die offiziellen Zahlen seien vom Büro der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Land bestätigt worden, hieß es. …



https://cdnde5.img.sputniknews.com/img/32678/45/326784547_0:180:3072:1842_1000x0_80_0_1_942a346f35186d9f24bc2a097498bbcf.jpg.webp

de.sputniknews.com: Weltweiten Stopp aller Kampfhandlungen unterstützten 70 Staaten – UN-Generalsekretär

Laut dem UN-Generalsekretär António Guterres haben ungefähr 70 Länder den Aufruf zur weltweiten Einstellung von Kampfhandlungen in Konflikten unterstützt.

Ende März forderte Guterres die UN-Mitgliedsstaaten auf, wegen der Corona-Krise die Kampfhandlungen zu beenden.

"Den Aufruf haben (…) zurzeit rund 70 Mitgliedsstaaten (der Uno – Anm. d. Red.), regionale Partner, nichtstaatliche Subjekte und zivilgesellschaftliche Organisationen zusammen mit allen UN-Friedensbotschaftern unterstützt", sagte Guterres bei einem über Videochat durchgeführten Briefing.

Der Covid-19-Pandemie folgen tiefe soziale, wirtschaftliche und politische Wirkungen, darunter auch jene, die mit dem internationalen Frieden und der Sicherheit verbunden seien, so der Generalsekretär.

"Wir sehen dies beispielsweise bei den Verschiebungen von Wahlen oder bei eingeschränkten Möglichkeiten einer Stimmabgabe, bei ständigen Bewegungseinschränkungen, beim Anstieg der Arbeitslosigkeit."

Außerdem könnten Terroristen- oder Extremistengruppen die Unbestimmtheit ausnutzen, die wegen der Pandemie entstanden sei.



https://cdnde5.img.sputniknews.com/img/32668/18/326681847_0:177:2950:1773_1000x0_80_0_1_19a504630f8866af215cf6f6e74d1ccc.jpg.webp